

29.09.2015

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV 3)

Herr Senator Neumann trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2015/1893, betreffend

Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um Olympische und
Paralympische Spiele 2024

hier: Feststellung des Senats über die Aufnahme der Stellungnahme
"Argumente für ein NEIN zu Olympia" in das Informationsheft,

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass die Stellungnahme „Argumente für ein NEIN zu Olympia“ nicht von mindestens 10.000 zur Bürgerschaft Wahlberechtigten unterstützt wurde und die Stellungnahme damit nicht nach § 25k Absatz 2 Satz 3 Volksabstimmungsgesetz in das Informationsheft zum Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um die Olympischen und Paralympische Spiele aufzunehmen ist.
2. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Dr. Jutta Bechmann



702.29-01-2015
739.00-01-1

IV. 5
B

Geschäftsstelle des Senats
Eing: 25. SEP. 2015

Berichterstattung:
Senator Neumann
Staatsrat Krösser

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2015/01893
vom: 25.09.2015
für den Senat
am: 29.09.2015
IV.

Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2024

hier: Feststellung des Senats über die Aufnahme der Stellungnahme „Argumente für ein NEIN zu Olympia“ in das Informationsheft

A. Zielsetzung:

Entscheidung des Senats, ob die Stellungnahme „Argumente für ein NEIN zu Olympia“ in das Informationsheft zum Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele aufzunehmen ist.

B. Lösung:

Der Senat stellt innerhalb eines Monats nach der am 17. September 2015 erfolgten Einreichung der nach Angaben der Initiatoren 10.240 Unterschriften fest, ob die für die Aufnahme erforderliche Anzahl von 10.000 Unterstützungsunterschriften von zur Bürgerschaft Wahlberechtigten erreicht ist. Nach Prüfung durch die Bezirksamter liegen 7.674 gültige Unterschriften vor. Damit wurde die für die Aufnahme der Stellungnahme erforderliche Anzahl von Unterstützungsunterschriften nicht erreicht.

C. Auswirkungen auf den Haushalt:

Keine.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage:

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen:

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

G. Alternativen:

Keine.

H. Anlagen:

Keine.